



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz



Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, 7. Juli 2020
Seite 1 von 1

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de



Minister Altmaier und Ministerin Lambrecht stellen im Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschuss des Europäischen Parlaments die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor

Heute haben Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Bundesjustizministerin Lambrecht gemeinsam die Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschuss des Europäischen Parlaments per Videokonferenz vorgestellt und mit den Abgeordneten diskutiert. Der inhaltliche Fokus lag auf den Themen Wiederherstellung und Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes, Ausbau der digitalen Souveränität und Stärkung des Verbraucherschutzes.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Die vollständige Wiederherstellung des Binnenmarktes ist entscheidend für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise, aber auch für den politischen Zusammenhalt in Europa. Gerade jetzt müssen wir weiter daran arbeiten, den Binnenmarkt zu stärken und bestehende ungerechtfertigte Beschränkungen abzubauen. Auch Digitalisierung und Innovationen, unter anderen bei Klimaschutztechnologien, müssen im Zentrum der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise stehen, um nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und die Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft langfristig zu stärken.“

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht: „Gerade nach der Corona-Krise kommt es darauf an, Verbraucherpolitik nachhaltig, gerecht und zukunftsfähig zu gestalten. Die Konsumbereitschaft von Verbraucherinnen und Verbrauchern steigt, wenn sie starke Rechte haben und sich fair behandelt fühlen. Ich werde deshalb besonders auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher achten und mich mit Nachdruck für eine wirksame Durchsetzung von Verbraucherrechten einsetzen.“

Der Ausschuss ist im Europäischen Parlament für Binnenmarkt (einschl. Digitaler Binnenmarkt), die Zollunion und Verbraucherschutz zuständig. Vorsitzende ist Petra De Sutter (Fraktion der Grünen/EFA, Belgien). Die Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms in weiteren Ausschüssen des Europäischen Parlaments durch die jeweils zuständigen Bundesministerinnen und Bundesminister erfolgt in dieser und den kommenden Sitzungswochen.